



GRAUBÜNDEN
GRISCHUN
GRIGIONI

50 JAHRE
ONNS
ANNI



GESTERN.
HEUTE.
MORGEN.

10 GESPRÄCHE
ZU 50 JAHREN WWF GRAUBÜNDEN

INHALT

HERAUSGEBER

WWF Graubünden
Hartbertstrasse 11
7000 Chur
Tel.: 081 250 23 00
E-Mail: info@wwf-gr.ch
www.wwf-gr.ch

REDAKTION

Konzept: Anita Mazzetta
Texte: Christian Ruch
Portrait-Fotos: Yvonne Bollhalder

UMSETZUNG

Layout und Druck: selva caro druck ag, Flims

COPYRIGHT

WWF Graubünden 2025
1986 Panda Symbol WWF ® «WWF» ist eine vom WWF eingetragene Marke.

BILDNACHWEIS

Titelbild: Beat Deplazes

EDITORIAL 5

50 Jahre WWF Graubünden - 10 eindrückliche Porträts

CARMELIA MAISSEN 6

Grusswort der Regierung zum WWF-Geburtstag

GEORG RAGAZ 8

Umweltschutz als Anliegen eines kantonalen Beamten

MARTIN JÄGER 10

Wechsel auf die andere Seite

KASPAR SCHULER 12

«Wir müssen extrem wachsam bleiben.»

BRIGITTE WOLF 14

Für ein Nebeneinander von Wolf und Mensch

FONDEI-FRAUEN 16

Wie das Fondei vor der Zerstörung bewahrt wurde

STEFAN GRASS 18

«Jetzt hört auf mit diesem Wahnsinn!»

TANYA SCHMID 20

Dreckige Kohle statt sauberer Strom?

RETO GURTNER 22

Wünscht dem WWF, dass es ihn gar nicht mehr braucht

NADIA SEMADENI 24

WWF und Energiewirtschaft: Ringen um jeden Liter

FADRI GUIDON 26

«Gewässerperlen» für den Schutz von Bächen

EDITORIAL

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER

Vor 50 Jahren, im Jahr 1975, setzten engagierte Naturschützer und Naturschützerinnen in Chur ein Zeichen: Sie gründeten den WWF Graubünden – die siebte Sektion des WWF Schweiz. Was damals als mutige Vision begann, hat sich zu einer Organisation entwickelt, die seither unermüdlich für Natur, Umwelt und unsere Lebensgrundlage kämpft.

Ein Jubiläum wie dieses lädt ein, innezuhalten. Doch wir wollen nicht nur zurückschauen. Wir wollen die Natur mit den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Denn Naturschutz lebt von Begegnungen, vom Engagement und gemeinsamen Handeln. Deshalb haben wir dieses besondere Jahr genutzt, um mit Freiwilligen neue Projekte für die Natur anzustossen, Freude zu schenken – und mit diesem Heft ein paar Stimmen jener hörbar zu machen, die unseren Weg geprägt haben.

13 Persönlichkeiten haben wir eingeladen, ihre Sicht auf den WWF Graubünden zu teilen. Menschen mit völlig unterschiedlichen Beweg- und Hintergründen, die uns begleiten, mit uns kämpfen oder gekämpft haben oder die sich – manchmal auch unfreiwillig – mit unseren Anliegen auseinandergesetzt haben. Entstanden sind vielfältige Innen- wie Aussenperspektiven, die zeigen, wie breit das Engagement für Natur und Umwelt wirken kann.

Damit diese Geschichten authentisch erzählt werden, haben wir bewusst losgelassen: Der Autor Christian Ruch führte die Gespräche unabhängig, die Fotografin Yvonne Bollhalder setzte die Porträtierten an ihren Wunschorten in Szene. Keine Vorgaben, keine Regie – nur ehrliche Stimmen und offene Bilder. So sind zehn eindrückliche Porträts entstanden: anerkennend, reflektierend, respektvoll – und teils auch kritisch. Den Auftakt dazu bildet die Grussbotschaft der Bündner Regierung bei unserer Jubiläumsversammlung, die diese Porträts würdig einleitet.

Gemeinsam zeichnen sie ein lebendiges Bild von 50 Jahren WWF Graubünden – nicht als trockene Chronik, sondern als Einladung, unsere Liebe zur Natur zu teilen und unsere Verantwortung für sie weiterzutragen.

Anita Mazzetta,
Co-Geschäftsleiterin WWF Graubünden

50
JAHRE WWF
GRAUBÜNDEN

10
PORTRAITS

WEITERMACHEN, DRANBLEIBEN, NEUE WEGE GEHEN

AN DER JUBILÄUMSVERSAMMLUNG DES WWF GRAUBÜNDEN VOM 10. APRIL 2025 IN CHUR ÜBERBRINGT REGIERUNGSRÄTIN CARMELIA MAISSEN, SEIT 2022 VORSTEHERIN DES DEPARTEMENTS FÜR INFRASTRUKTUR, ENERGIE UND MOBILITÄT, DEN WWF-MITGLIEDERN UND GÄSTEN DAS GRUSSWORT DER BÜNDNER REGIERUNG.

Prezai signur president, car Beat
Preziada meinafatschenta, car'Anita
Stimadas commembras,
stimai commembbers dil WWF Grischun
Cars hospes

Pigl invit a vies giubileum engraziel jeu cordialmein. Igl ei in grond plascher per mei dad astgar festivar cun vus il 50avel natalezi da voss'organisaziun, il WWF Grischun. Bugen portel jeu il salid ed ils megliers giavischs dalla regenza grischuna.

An einer Geburtstagsfeier ist es erlaubt, etwas nostalgisch zu sein und einen Blick zurück in die Geschichte des Jubilars zu werfen. Wir schreiben das Geburtsjahr 1975. Was passierte sonst noch in diesem Jahr auf der Welt? 1975 gründete Bill Gates zusammen mit Paul Allen Microsoft. Es war auch das Jahr, in dem der Walkman auf den Markt kam. Eine Revolution und ein Symbol von Freiheit, unterwegs mit Musik in den Ohren sein zu können. Und 1975 war auch das Gründungsjahr der Europäischen Weltraumorganisation ESA.

Microsoft, Walkman und die Weltraumorganisation ESA wären durchaus interessante Jubilare für eine gemeinsame Geburtstagsparty. Da gäbe es wohl sehr unterschiedliche Geschichten, Erfahrungen und Sichtweisen zu erzählen. Kehren wir zurück nach Graubünden. Was waren die Umstände, die vor 50 Jahren zur Gründung des WWF Graubünden geführt haben? Dazu muss man verstehen, wie sich die Welt, auch in Graubünden, nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat.

DAS VERTRAUTE BILD VERSCHWAND BINNEN KURZER ZEIT

Die sechziger und siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts haben für Graubünden einen baulichen, strukturellen und ökonomischen Wandel gebracht, der mit seinen Ausmassen als auch seiner Geschwindigkeit neue Dimensionen für den Lauf der Dinge brachte.

Verglichen zu früheren Phasen des Wachstums und Umbruchs, die sich eher punktuell bemerkbar gemacht hatten, waren nun alle Lebensbereiche und Gesellschaftsschichten betroffen. Viele Dinge, die vor dem Zweiten Weltkrieg noch einer reichen Elite vorbehalten war, waren nun dank des Wirtschaftsbooms für den Mittelstand zugänglich. Die Stichworte dazu sind das eigene Auto, Winterferien in den Bergen oder die moderne Eigentumswohnung.

EINE «SAUS-UND BRAUS-EPOCHE»

Offensichtlich zeigte sich diese Totalität des Wandels in einer markanten Veränderung der Landschaft und der Siedlungen, wo binnen kurzer Zeit das vertraute Bild verschwand. Es entstanden Hochhäuser, in Chur z.B. das Lacuna-Quartier, beschauliche Kurorte entwickelten sich zu Wintersportorten für die grossen Massen, Ferienhäuser und ganze Feriensiedlungen richteten sich neben alten Bauernhäusern auf. Um den wachsenden Stromhunger zu stillen, wurden grosse Wasserkraftwerke in den Bergen gebaut. Und mit dem Bau der N13 durch den San Bernardino überwand Graubünden die Schmach, die der Kanton nach der Eröffnung des Gotthards-Eisenbahntunnels 1882 erlitten hatte, als er verkehrstechnisch auf das Abstellgleis geraten war. Es war eine eigentliche «Saus-und-Braus-Epoche».

Doch anfangs der 70er Jahre brach die Konjunktur ein. Und schon länger gab es kritische Stimmen, die eine Denkpause forderten. 1973 schrieb der Architekt Rolf Keller das Buch «Bauen als Umweltzerstörung». Es war ein Weckruf mit vielen sogenannten Alarmbildern der Gegenwart. Für die Illustration des Buches benutzte Keller u.a. zahlreiche abschreckende Beispiele aus Graubünden. Zum Verlust der vertrauten Dorfbilder gehörte auch der Verlust der vertrauten Landschaft und der erst nach dem Verlust und damit zu spät bewusst erkannten Naturwerte.

Dieses Umfeld war also die Geburtsstunde des WWF Graubünden als erst siebte Sektion des Schweizer WWF. Die Initianten erkannten, dass es eine Stimme brauchte für die Anliegen der Natur und zum Wohle der kommenden Generationen.



© Tanja Nifeler

DER WWF ALS KONSTRUKTIV-KRITISCHES GEGENÜBER ODER STACHEL IM FLEISCH

Dank der Entschlossenheit und des Mutes seiner Mitglieder und Freiwilligen konnte der WWF Graubünden im Kanton schnell Fuß fassen und hat im Laufe der Jahre eine wichtige Rolle in der politischen Landschaft im Kanton eingenommen. Als konstruktiv-kritisches Gegenüber der Behörden, als Vermittler von Wissen und Begeisterung rund um die Natur für die breite Bevölkerung, als Mitgestalter von guten Lösungen, aber natürlich auch immer wieder und oft zu Recht als der Stachel im Fleisch von Projektanten und Bauherrschaften.

«Dieses Jubiläum soll auch Auftrag sein, weiterzumachen. Dranzubleiben, neue Wege zu gehen. Die nächsten 50 Jahre werden entscheidend sein, wie die kommenden Generationen die Natur erleben werden.»

Mit Ausdauer und Geduld hat der WWF Graubünden zahlreiche kleine und grosse Meilensteine zugunsten von Natur und Umwelt erreicht.

Nun können Sie auf ein halbes Jahrhundert voller Hingabe, Engagement und unermüdlichen Einsatz für den Naturschutz zurückblicken.

GEMEINSAM DIE HERAUSFORDERUNGEN MEISTERN

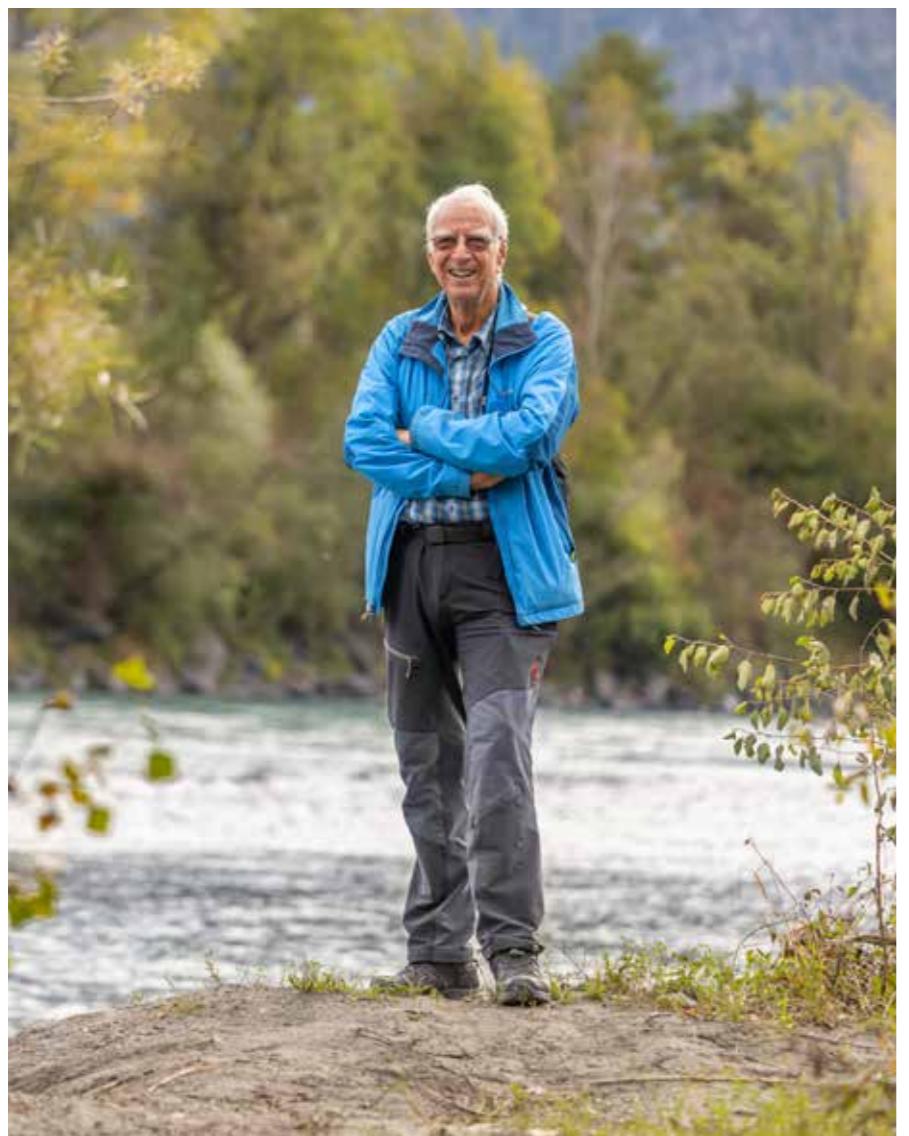
Ich bin überzeugt, dass der Naturschutz und die nachhaltige Entwicklung unseres Kantons nicht gegeneinander, sondern miteinander wirken sollen und können. Dabei spielt der WWF Graubünden als wertvoller Partner eine zentrale Rolle. Weil er nicht nur durch seine Projekte, sondern auch durch seine Fähigkeit, eine breite Öffentlichkeit für wichtige Themen zu sensibilisieren, einen wichtigen Beitrag leistet.

Der WWF Graubünden hat auch immer wieder gezeigt, dass es nur gemeinsam gelingt, die Herausforderungen zu meistern und die Natur zu schützen. Dafür gebührt allen Beteiligten, insbesondere den Freiwilligen und den Mitarbeitenden des WWF, grosse Anerkennung.

Dieses Jubiläum soll aber auch Auftrag sein, weiterzumachen. Dranzubleiben, neue Wege zu gehen. Die nächsten 50 Jahre werden entscheidend sein, wie die kommenden Generationen die Natur erleben werden. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Sie eine Welt vorfinden, in der Vielfalt und Lebensqualität erhalten bleiben.

UMWELTSCHUTZ ALS ANLIEGEN EINES KANTONALEN BEAMTEN

GEORG RAGAZ WAR ALS EHEMALIGER LEITER DES AMTS FÜR NATUR UND LANDSCHAFT DES KANTONS GRAUBÜNDEN ANSPRECHPARTNER FÜR DEN WWF.



«Ich war 35 Jahre lang, von 1972 bis 2007, beim Kanton zuständig für Natur- und Landschaftsschutz und hatte von daher viel Kontakt mit den Umweltverbänden», erzählt Georg Ragaz. Beim WWF Graubünden sei er zwar einige Jahre Kassenrevisor gewesen, habe aber mit ihm eigentlich nicht so viel zu tun gehabt. «Mit Pro Natura waren die Anknüpfungspunkte zahlreicher, vor allem wegen ihrer Schutzgebiete.»

Die ersten zwölf bis fünfzehn Jahre sei er beim Kanton ein Ein-Mann-Betrieb gewesen. «Ich hatte also niemanden, mit dem ich konkrete Projekte diskutieren konnte, deshalb bin ich immer wieder auf Pro Natura und WWF zugegangen. Mir war es auch wichtig, dass man nicht völlig konträre Standpunkte vertritt – ich also sage, dass ein Projekt unproblematisch ist, die Umweltverbände aber mit einer Einsprache drohen.»

SCHUTZ FÜR DIE VAL ROSEG ...

Als einen seiner grössten Erfolge sieht Georg Ragaz, dass die Val Roseg bei Pontresina unter Schutz gestellt wurde. «Da gab es verschiedene Nutzungsziele, beispielsweise für die Wasserkraft. Von Schutzmassnahmen dagegen wollten manche Gemeinden damals noch nicht so viel wissen.» Akut wurde die Frage, was mit dem Tal geschehen soll, als der damalige Betreiber des Hotels «Roseg» eine Stromfreileitung haben wollte, denn er produzierte seinen Strom bis dahin mit Hilfe von Benzingeneratoren. Georg Ragaz stand der Idee einer zweiten Freileitung ablehnend gegenüber, weil die PTT bereits eine Freileitung

Mit der Diskussion um die Förderung der Wasserkraft kann auch die Greina wieder zum Thema werden, denn im Moment ist sie nur durch den Landschaftsrappen geschützt.

zum Zwecke der Telefonverbindung betrieb. «Mein klares Nein führte zunächst zu intensiven Diskussionen verschiedenster Verbände und Kommissionen, aber dann schlug der Chef des Starkstrom-Inspektorats einen Kompromiss vor: Die PTT solle ihre Leitung in die Erde verlegen, dann könne man durch denselben Graben auch die Stromleitung führen. Der Haken daran: Die Kosten von 400.000 Franken für diesen Graben würde der Bund nur dann zur Hälfte tragen, wenn das Tal unter Schutz gestellt sei. Tatsächlich gelang es, die beiden betroffenen Gemeinden Samedan und Pontresina ins Boot zu holen, so dass sie mich beauftragten, ein Schutzkonzept zu entwickeln. Ich habe natürlich die Gelegenheit genutzt und alles Mögliche in dieses Konzept gepackt: keine Wassernutzung, kein Camping, einen strengen Pflanzen- und Pilzschutz und vieles mehr.» Zur Freude von Georg Ragaz stimmten die beiden Gemeinden im Jahr 1976 dem Schutzkonzept ohne grössere Diskussionen oder gar Widerstände zu, und der Graben wurde mit unter 300.000 Franken erst noch billiger als gedacht.

Auch an anderer Stelle im Oberengadin konnte Georg Ragaz einen Erfolg verbuchen: Im Stazerwald sollte aufgrund der Annahme der Rothenturm-Initiative zum Schutz von Mooren und Moorlandschaften die Langlaufloipe verlegt werden. «Gegen die Verlegung wurde teils bis zum Schluss opponiert», erinnert sich Georg Ragaz. Selbst Bundesrat Cotti sei ins Engadin gereist, um die Situation vor Ort zu begutachten. «Aber bei der Schlussbesprechung meinte der ehemalige Skirennfahrer und Vater des Engadiner Skimarathons, Albert Scheuing, er müsse zugeben, dass auch er jetzt überzeugt von der Verlegung sei, obwohl er sie immer abgelehnt habe.»

... SOWIE DIE RHÄZÜNTER UND MASTRILSER AUEN

Ein weiterer grosser Erfolg war für Georg Ragaz die Bewahrung der Rhäzünser Auen. Als die A13 von Chur Richtung San Bernardino gebaut werden sollte, favorisierte die Bündner Regierung zwischen Reichenau und Rothenbrunnen ein offenes Trassee ohne Tunnel. «Aus heutiger Sicht ein unvorstellbarer Landschaftseingriff, zumal das bedeutet hätte, dass der Rhein zwischen Rothenbrunnen und Reichenau zum Schutz der Strasse kanalisiert worden wäre», sagt Ragaz. Für ihn damals eine schwierige Situation, denn als kantonaler Beamter konnte er nicht gegen einen Entscheid der Bündner Regierung opponieren. Zu Hilfe kam dann jedoch der Bundesrat, der aus Landschaftsschutzgründen zwei Tunnel wollte und so die Auenlandschaft rettete. War das auch für Georg Ragaz ein Happy-End? «Sagen wir so: Man hätte auch einen Tunnel zwischen der Ems-Chemie und Rothenbrunnen bauen können, dann wäre das Rheintal mit den Rhäzünser

Auen gar nicht berührt worden. Denn auch die jetzige Brücke zwischen dem Plazzas- und dem Isla-Bella-Tunnel ist ein Fremdkörper. Immerhin wurde sie so hoch über dem Rhein gebaut, dass er weiterhin frei fliessen konnte.»

Mit Rheinauen musste sich Georg Ragaz auch weiter fluss-abwärts, bei Mastrils beschäftigen. Dort stand ein Kieswerk, das Gestein aus dem Fluss förderte, was zur Folge hatte, dass sich der Rheinpegel absenkte, was wiederum bei Hochwasser hätte dazu führen können, dass die tiefer gelegenen, noch nicht verfestigten Uferböschungen weggeschwemmt worden wären. Als deswegen das Tiefbauamt intervenierte, wurde auch Georg Ragaz aktiv. Er musste mit der Gemeinde und dem Kieswerk über die Bücher, was dazu geführt hat, dass das Unternehmen nach Untervaz umsiedelte. Und nun seien die Mastrilser Auen wirklich ein Bijou.

VOM NEIN-SAGER-IMAGE WEGKOMMEN

Ein anders wichtiges Thema, mit dem Georg Ragaz am Rande ebenfalls zu tun hatte, war der Schutz der Greina-Ebene. Der sei erst durch die Einführung des «Landschaftsrappens» 1996 möglich geworden, denn mit ihm habe man die Bezüger von Wasserzinsen für entgangene Erträge entschädigen und so Kraftwerksprojekte verhindern können. Doch das Scheitern des Projekts Parc Adula zeige, dass man es mit dem Schutz nicht übertreiben dürfe. «Der Bund wollte auf der Greina ein konsequentes Beweidungsverbot, aber mir war klar, dass so etwas nur die Gegner des Nationalparks mobilisiert. Leider blieb der Bund hart.» Georg Ragaz glaubt außerdem, dass mit der Diskussion um die Förderung der Wasserkraft auch die Greina wieder zum Thema werden könnte, denn im Moment sei sie nur durch den erwähnten Landschaftsrappen geschützt.

Eine grosse Gefahr sieht Georg Ragaz in der angestrebten Aufweichung des Verbandsbeschwerderechts. Die Umweltorganisationen sollten deshalb aufpassen, dass sie nicht zu kompromisslos auftraten, denn das fördere nur das Image als Nein-Sager. «Da nützt es auch nichts, wenn man hundertmal vor das Bundesgericht zieht und 95 Mal Recht bekommt. Nur wenn man von dem Nein-Sager-Image wegkommt, hat man auch die Chance, das Beschwerderecht zu bewahren.»

Landschaftsrappen für die Greina

In den 80er Jahren kämpften WWF und Pro Rein Anterior gegen die Überflutung der Greina. Nachdem die NOK das Pumpspeicherprojekt 1987 aufgaben, setzten sie sich für eine Entschädigung der Gemeinden für die entgangenen Wasserzinsen zugunsten der Natur ein – eine Idee, die WWF, Pro Rein Anterior und Bündner Umweltclub bereits 1978 mit der kantonalen Energie-Initiative lanciert hatten. Diese Initiative wurde zwar als bundesrechtswidrig erklärt, 1995 führte das Schweizer Parlament aber den «Landschaftsrappen» ein. Die Greina wurde unter Schutz gestellt und Vrin und Sumvitg wurden dafür entschädigt.

WECHSEL AUF DIE ANDERE SEITE

**MARTIN JÄGER ERLEBTE EINEN PERSPEKTIVENWECHSEL:
NACH SEINER ZEIT ALS WWF-VORSTANDSMITGLIED WURDE ER STADT- UND REGIERUNGSRAT.**

Herr Jäger, wie lange waren Sie im Vorstand des WWF Graubünden?

Martin Jäger: Wenn ich mich recht erinnere zwölf Jahre. Ich war als Kassier tätig und so bestand meine Arbeit vor allem darin zu schauen, dass die Kasse stimmt. Dann bildete sich relativ bald die «Arbeitsgruppe Val Madris-Curciusa», in der es darum ging, diese beiden Täler vor einem drohenden Kraftwerksbau zu bewahren. Mindestens die Hälfte meiner Zeit im Vorstand habe ich für diese Arbeitsgruppe eingesetzt. Das war alles sehr dynamisch, denn wir führten sogar einen Prozess bis vor Bundesgericht, das musste alles finanziert werden. Eigentlich bin ich kein Umweltempfänger, denn ich bin ursprünglich Primarlehrer. Die meinen ja immer, sie könnten alles... (lacht). In dieser Zeit war ich aber auch Grossrat und habe so das Wissen aus der Politik in den Vorstand des WWF Graubünden einbringen können. Es ist für eine Umweltorganisation wichtig, die politischen Abläufe zu kennen.

Wie haben Sie damals die Stimmung in der Bündner Bevölkerung wahrgenommen?

War man eher für die Wirtschaft und gegen Umweltschutz? Oder war man eher gespalten?

In Graubünden war die Skepsis gegen «Grün» immer relativ stark ausgeprägt. Man hat die Umweltorganisationen als Verhinderer wahrgenommen – Stichwort Schneekanonen, Stichwort Schutzgebiete –, also es war schon oft eine schwierige Stimmung. Aus meiner rot-grünen Perspektive muss ich sagen, dass gegen «grüne» Anliegen oft fast mehr opponiert wurde als gegen «rote».

Hat sich das mittlerweile geändert?

Ist die Stimmung für «grüne» Anliegen jetzt besser?

Ich denke, heute ist es weniger verkrampt. Viele haben mittlerweile gemerkt, dass wenn man mit Umweltorganisationen zusammenarbeitet, man auch schneller zum Ziel kommt. Als ich im Vorstand des WWF Graubünden war, kam die Frage auf, wie man mit dem Golfplatz in Domat/Ems umgehen soll. Dort waren die Promotoren mit die Ersten, die merkten, dass man eine Landschaft ökologisch sogar aufwerten kann.

Früher waren dort Maisfelder, heute hat es dort Hecken und Tümpel. Brigitte Wolf, die damalige Präsidentin des WWF Graubünden, kam mit den Golfplatz-Betreibern gut ins Gespräch, da wurden Veränderungen in der Haltung «grünen» Anliegen gegenüber spürbar.

**Es gab ja auch noch andere Erfolge:
Bis heute gibt es keine Strasse durch die Ruinaulta,
und die Umfahrung Klosters konnte auch
landschaftsschonend realisiert werden...**

Was den Strassenbau betrifft, so hatten wir zusammen mit dem VCS eine Volksinitiative für ein Mitspracherecht lanciert. Es war unglaublich mühsam, dafür die 5000 Unterschriften zusammenzubekommen. Die ersten dreitausend Stimmen kamen noch leicht zusammen, aber bei den fehlenden zweitausend ging fast nichts mehr. Alle, die bereit gewesen wären zu unterschreiben, haben uns gesagt, dass sie bereits unterschrieben hätten. Obwohl das alles so schwierig war, ist die Initiative am Schluss in der Abstimmung nur knapp gescheitert, für ein links-grünes Anliegen war das sehr erstaunlich.

Im Jahr 1990 kandidierte ich das erste Mal für die Regierung. Ich kann mich noch gut an eine Podiumsdiskussion in Ilanz erinnern. Dort waren alle fünf bürgerlichen Kandidaten für die Schnellstrasse durch die Rheinschlucht. Ich sah das anders. Und meine Position hat sich durchgesetzt, obwohl ich damals nicht gewählt wurde.

Wie gelang es, diese Strasse zu verhindern?

Die Bündner Regierung und die Verwaltung hatten gemerkt, dass es schon aufgrund der eidgenössischen Gesetzgebung sowie des Natur- und Heimatschutzes ganz schwierig werden würde, diese Strasse wie geplant zu bauen, dass es zu jahrelangen Verzögerungen kommen könnte. Regierungsrat Bärtsch, ein Macher-Typ, kam dann zum Schluss, es sei einfacher, je einen Tunnel unter Trin und Flims zu graben.

Im Prättigau ging es vor allem darum, Saas und Küblis vom Durchgangsverkehr zu befreien. Auch da hat man gemerkt, dass Tunnels die viel bessere und schneller zu realisierende Lösung sind, als die Strasse unten im Tal auf Stelzen über der Landquart zu führen, so wie man das oft in Italien sieht.

Mit Ihrer Wahl in den Churer Stadtrat und später in die Bündner Regierung änderte sich dann Ihre Rolle. Als Rechnungsrevisor blieb ich dem WWF zwar zunächst erhalten. Andererseits konnte ich meine im WWF erworbenen Kenntnisse in die städtische Politik einbringen. Wir haben beispielsweise ein Biotop-Konzept für Chur entwickelt. In beiden Ämtern musste ich natürlich im Rahmen des Kollegialitäts-



prinzips auch Anliegen vertreten, die nicht auf meiner Linie lagen, so etwa die Bündner Olympia-Kandidaturen. Ich hatte zu den Regierungskollegen gesagt, dass ich das mitfrage, aber sie mich trotzdem nicht dazu zwingen könnten, dass ich dazu noch lächle (lacht).

Natürlich gab es Projekte, die gescheitert sind. So wollte ich etwa mit meinem Vorarlberger Amtskollegen den Park Rätikon verwirklichen, der dann im Prättigau krachend an der Urne gescheitert ist, ebenso wie der Park Adula. Auch bei der Sanierung des Flüsschens Spöl im Unterengadin bin ich fast verzweifelt, weil die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft einfach nicht voran gingen.

«Ich hatte zu den Regierungskollegen gesagt, dass ich die Bündner Olympia-Kandidatur mitfrage, aber sie mich trotzdem nicht dazu zwingen könnten, dass ich dazu noch lächle.»

Gab es auch WWF-Anliegen, die Sie als Regierungsrat durchbringen konnten?

Die gab es schon. Ich habe beispielsweise Anita Mazzetta als Geschäftsführerin des WWF und Hans F. Schneider als ehemaligen Geschäftsführer von Pro Natura in die kantonale Natur- und Heimatschutzkommission wählen lassen. Das gab innerhalb der Regierung ein wenig Diskussionen, aber

die beiden wurden gewählt. Hans F. Schneider ist noch heute Vizepräsident der Kommission.

Wir haben uns mit Stefan Grass über die Bündner Olympia-Kandidaturen unterhalten. Haben Sie als «animal politique» das Gefühl, dass uns noch einmal eine Kandidatur beschäftigen wird?

Ich glaube, wir werden uns nicht noch einmal mit einer Bündner Einzelkandidatur befassen müssen, aber durchaus mit einer Schweizer Kandidatur. Und wenn es dann zu Winterspielen kommen sollte, könnte man bei uns die Wettbewerbe im Biathlon oder auf der Bobbahn in St. Moritz austragen. Das wird uns dann sicher nicht mehr so umtreiben wie die Bündner Kandidaturen. Ob man dem dann zustimmen kann, hängt vom Konzept ab. Es kann sicher nicht sein, dass man wie in Südkorea ganze Landschaften umfliegt. Spiele nur in Graubünden durchzuführen – diese Idee hat sich erledigt.

Schnellstrassen ausgebremst

Die vom WWF lancierte kantonale Initiative zur Mitsprache des Bündner Volkes beim Strassenbau wurde 1989 überraschend knapp abgelehnt. Auslöser der Initiative waren zwei Strassenprojekte: Die Schnellstrasse durch die Ruinaulta, die von den betroffenen Gemeinden in einer Konsultativ-abstimmung klar abgelehnt wurde und die Prättigauerstrasse, die durch die Landquartäuen geplant war. WWF und Mitstreiter reichten eine Einsprache ein und liessen eine landschaftsschonende Variante ausarbeiten. 1991 übernahm die Regierung diese Variante praktisch unverändert.

WIR MÜSSEN EXTREM WACHSAM BLEIBEN

KASPAR SCHULER, VON 1990 BIS 2000 VORSTANDSMITGLIED DES WWF GRAUBÜNDEN, SETZT SICH FÜR HOCHALPINE TÄLER EIN. HEUTE LEITET ER DIE ALPENSCHUTZKOMMISSION CIPRA.



Herr Schuler, Sie hatten sich unter anderem gegen Kraftwerksbauten engagiert. Wie kam es dazu?

Kaspar Schuler: Begonnen hat es im Herbst 1984, als ich vor meinem fünften von insgesamt 13 Alpsommern meinen Alpmeister fragte, ob er uns im nächsten Jahr wieder anstellen würde. Er meinte: «Gerne, aber jetzt kommen dann die Kraftwerke!» Ich war perplex und erfuhr, dass die Kraftwerke Hinterrhein hinten in der Val Madris einen riesigen Zwischenspeicher für das Valle di Lei planten, um mehr Pumpspeicherung zu betreiben. Dagegen, so meinte der Alpmeister, könne man sich nicht wehren, die Kraftwerke seien mächtig und hätten ja auch viel für Graubünden getan. Ich entgegnete, dass wir nicht mehr in den 50er-Jahren seien.

Der WWF half gerne, betonte allerdings, es müssten sich die Menschen vor Ort engagieren, sonst heisse es einmal mehr, hier kämen die Kolonialisten aus Zürich. Entschlossene Unterstützung fand ich bei widerstandsbereiten Bündnerinnen und Bündnern, allen voran Elvana Indergand, damals Präsidentin des WWF Graubünden, bei erfahrenen Greina-Verteidigern wie Eva und Rainer Metzger sowie engagierten Leuten aus dem Domleschg, wie die betroffenen Bauernfamilien der Alpgenossenschaft oder Ursi und Andrea Häggerle. Avnerinnen, wie Burga Menn aus Juf, bewiesen außerordentlichen Mut, denn sie wurden dafür schikaniert. Für mich entscheidend war, dass ich mit der Familie nach Graubünden zog und Peter Lüthi

hinzukam. Er war der erste Geschäftsführer der WWF-Sektion hier. Dieser Kitt unter unterschiedlichsten Leuten ermöglichte, dass wir uns 13 Jahre lang, von 1985 bis 1998 fürs Madris und andere von Kraftwerksbauten bedrohte Täler erfolgreich einsetzen konnten.

Und wie haben Sie Ihre Gegner erlebt?

Als eng verflochten bis durchtrieben. Politik und Energiewirtschaft waren es Mitte der 1980er-Jahre nicht gewöhnt, so viel Gegenwind zu bekommen. Wäre das heute anders? Uns hat es in die Kreativität gezwungen, zum Beispiel mit mehreren Alpfesten hinten im Madris, an dem die Alpgenossenschaft, Ländlerkapellen und einmal sogar die damals unbekannte, kleine Theatertruppe Karl's Kühne Gassenschau mitwirkten. Anfangs kamen 30, 40 Leute zu diesen Festen, am Schluss waren es 400. Weiter haben wir die Höhe der geplanten Staudämme im Madris und der Curciusa mit quer übers Tal gespannten Ballons sichtbar gemacht. Auf der Zürcher Bahnhofstrasse organisierten wir eine Demo mit Geissen und Kühen. Es war ja unter anderen das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich, das das hintere Madris unter Wasser setzen wollte. Auf dem Paradeplatz spielten die Fränzlis da Tschlin.

Kam es auch zu Gerichtsverfahren?

Im Fall des Madris nicht, da kam uns die Annahme der Rothenturm-Initiative 1987 zu Hilfe. Alle Schweizer Moore wurden kartiert, auch das im Madris, im geplanten Staubereich. Es sollte unter nationalen Schutz kommen, wogegen die Bündner Regierung und die Kraftwerke Sturm ließen. Sie gaben ein Gegengutachten in Auftrag, das aber wissenschaftlich scheiterte. Die Bündner Politik und Energiewirtschaft blockierten den Schutz über Jahre. Die Rettung kam von SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss, die an einer ihrer letzten Sitzungen im Februar 1998 eine Pendenzliste einbrachte und abhaken liess, darunter auch den Moorschutz im Madris. Das haben wir mit einem berührenden Alpfest gefeiert, mit der dahergewanderten Bundesrätin.

Im Fall des Pumpspeicherprojektes in der Val Curciusa war ein Bundesgerichtsverfahren von WWF und Partnerorganisationen nötig. Die Stromwirtschaft musste an der Begehung im Tal zur Kenntnis nehmen, dass sie in Lausanne schlechte Karten hatten, so dass sie das Verfahren von sich aus beendeten. Wichtig: Die Veränderungen auf dem europäischen Strommarkt Ende Neunzigerjahre machten diese Pumpspeicherprojekte unrentabel.

Stichwort Energiewende: Haben Sie nicht Angst, dass diese schuldbadisierten Kraftwerksprojekte einmal wieder aktuell werden könnten?

Doch. Nicht in der Val Madris, wo es wie erwähnt ein verfassungsrechtlich geschütztes Flachmoor gibt. Aber durch die Annahme vieler Deregulierungen in der Volksabstimmung vom Juni 2024 zum Stromgesetz haben wir heute einen durchlöcherten Naturschutz. Jetzt könnten 15 Kraftwerksprojekte durchgedrückt werden, da sie bereits ohne Umweltverträglichkeitsabklärung als von übergeordnetem

«Die Bündner Politik und Energiewirtschaft blockierten den Schutz des Flachmoors im Val Madris über Jahre. Die Rettung kam von SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss.»

nationalem Interesse gelten. Ständerat Martin Schmid hat als 16. Projekt das Flusskraftwerk Chlus auf diese Liste gedrückt. Bei diesem Schacher haben die grossen Umweltverbände zu stark nachgegeben. Die Umweltbewegung war im Vorfeld der Abstimmung gespalten. Auch mir ging es so: Als ehemaliger Geschäftsleiter von Greenpeace Schweiz bin ich natürlich für die Energiewende, aber man muss erkennen, dass der Bund nun einen Freibrief für Naturzerstörung hat, selbst in Schutzgebieten.

Wir müssen also extrem wachsam bleiben und brauchen einen WWF, der sehr viel deutlicher rote Linien zieht. Mit Anita Mazzetta in Graubünden leistet der WWF brillante Arbeit. Die grossen Schweizer Umweltorganisationen hingegen haben dem umweltpolitischen Rollback nachgegeben. Gefragt ist darum jetzt dringend neuer Biss, um die Gefährdung der letzten frei fliessenden Gewässer abzuwenden.

Welche Gewässer sind aus Ihrer Sicht bei uns besonders bedroht?

Der Glenner im Lugnez ist hochgradig gefährdet. Der tief eingegrabene, noch wild schäumende Talfuss ist touristisch kein Begriff, daher liebäugeln die Kraftwerke Zervreila schon lange mit einer Ableitung durch den Berg in den Zervrelasee und weiter bis in den Hinterrhein. Aufgrund der erwähnten Deregulierungen kann das Projekt konkretisiert werden, trotz national geschützter Glenner-Auen. Auch die Val Curciusa ist gefährdet, weil ganz oben die wunderschöne Schwemmebene in kein Schutzinventar aufgenommen wurde. Wenn nun also die Energiewirtschaft wieder Vollgas gibt, braucht es erneut den Mumm der 80er-Jahre, um zu sagen: «Jetzt ist genug zerstört. Den letzten wilden Tälern und Bächen tragen wir grösste Sorge.»

Rettet unsere Gewässer

In den 80er und 90er Jahren gab es in Graubünden unzählige Wasserkraftprojekte. Mit dem Verein «Rettet den Rhein – Flusskraftwerke NEIN» kämpfte der WWF gegen die acht geplanten Kraftwerke am Vorder- und Alpenrhein und mit der «Arbeitsgruppe Val Madris-Curciusa» in einem jahrelangen Kampf gegen die Zerstörung der Val Madris und Curciusa. Zentral war auch der WWF-Einsatz für die nationale Initiative «Rettet unsere Gewässer». Nach einem heftigen Abstimmungskampf wurde diese 1992 zwar abgelehnt, der Gegenvorschlag aber deutlich angenommen und damit auch die Sicherung minimaler Restwassermengen. 15 grosse Wasserkraftwerke standen damals in Graubünden zur Diskussion. Mehrere Projekte wurden in der Folge zurückgezogen.

FÜR EIN NEBENEINANDER VON WOLF UND MENSCH

FÜNF JAHRE PRÄSIDIERTE BRIGITTE WOLF DEN WWF GRAUBÜNDEN.
HEUTE LEBT SIE IM WALLIS UND LEITET DIE WALLISER GESELLSCHAFT FÜR WILDTIERBIOLOGIE.

VORBEREITUNG FÜR DEN TAG X

Brigitte Wolf gehörte in den 1990er Jahren zur kantonalen Arbeitsgruppe «Grossraubtiere» – eine Arbeitsgruppe, die vom Kanton Graubünden einberufen worden war und die ein Konzept für den Umgang mit den Grossraubtieren erarbeiten sollte. «Das war noch bevor der erste Wolf auftauchte», erinnert sich Brigitte Wolf. «Erste Nachweise des Luchses gab es bereits, der stellte in Graubünden aber kein Problem dar. Auch der Bär war noch nicht präsent. Die Arbeitsgruppe hatte also quasi den Auftrag, sich auf den Tag X vorzubereiten, an dem diese Tiere erstmals gesichtet würden.» Leiter der Arbeitsgruppe war Peider Ratti, seit 1963 Jagd- und Fischereiinspektor des Kantons Graubünden. Er sei, sagt Brigitte Wolf, kein Freund der Grossraubtiere gewesen, habe aber anerkannt, dass sie unter Schutz standen, und wollte sich frühzeitig mit ihrer Rückkehr befassen. «Denn es war allen klar, dass es nur eine Frage der Zeit war, bis Grossraubtiere auch Graubünden erreichen.»

Auf dem Plantahof in Landquart begann man schon bald, Hirten im Herdenschutz auszubilden. «Graubünden handelte damals vorbildlich, im Gegensatz zum Wallis. Abschussbewilligungen wurden nur in Ausnahmefällen erteilt, während im Wallis sogar ein Regierungsrat zu illegalen Wolfstötungen aufrief. Sein Motto: schauen, schießen, schaufeln, schwei gen... Das wäre in Graubünden nicht denkbar gewesen. Ich sagte immer, dass der Unterschied zwischen dem Wallis und Graubünden nicht in der Haltung der Schäfer und Jäger lag, sondern der Behörden.»

WWF UM HERDENSCHUTZ BEMÜHT

Erstmals wurde im Jahr 2001 ein Wolf auf Bündner Boden gesichtet und 10 Jahre später das erste Wolfsrudel der Schweiz am Calanda. «Man hat Herdenschutz- und andere Massnahmen ergriffen und dieses erste Rudel hat jahrelang keine grossen Probleme verursacht», sagt Brigitte Wolf. Erst als sich der Wolf im Kanton ausbreitete, wurde die Situation schwierig. «Dabei hat der WWF immer wieder darauf hingewiesen, dass es unweigerlich zu Problemen kommen muss, wenn Wölfe auf ungeschützte Herden treffen.» Anfangs sei man noch

nicht so bewandert gewesen in Herdenschutzmassnahmen, habe sich aber an den Erfahrungen in anderen Ländern wie Ungarn, Rumänien und Italien orientiert. Damit wurden auch Herdenschutzhunde zum Thema. «Bei ihrem Einsatz hat man aber zunächst Fehler gemacht», so Brigitte Wolf. «Man hat geglaubt, die Hunde dürften keinerlei Kontakt zu Menschen haben, was dazu geführt hat, dass es zu Attacken auf Wanderer kam. Ich bin sicher, dass ein Hund sehr wohl zwischen einem Menschen und einem Wolf unterscheiden kann, und dass eine Sozialisierung mit den Menschen wichtig ist.»

Der WWF sei immer bemüht gewesen, aktiv zum Herdenschutz beizutragen. Der WWF hat beispielsweise im Rahmen eines Pilotprojektes Bauern und Hirten gesucht, die Herdenschutzmassnahmen ausprobieren und Erfahrungen sammeln. «Es stellte sich beispielsweise heraus, dass man den Herdenschutzhund nicht einfach mit einem Futterautomat allein bei den Schafen lassen kann. Es wurde schnell klar, dass es nicht ohne Hirten geht. Es ging auch darum, wie Schutzzäune beschaffen sein müssen, denn der Wolf als intelligentes Tier lernt schnell, einen Zaun zu überwinden, wenn er nicht hoch genug ist, zu wenige Litzen aufweist oder wenn es Schlupflöcher am Boden gibt. Oder es ging auch darum, wie Hüte- und Herdenschutzhunde im Wechselspiel optimal eingesetzt werden können.»

Wie erklärt sich Brigitte Wolf, dass auch in Graubünden die Stimmung umschlug, was die Akzeptanz der Wölfe betrifft? «Das Thema ist sehr emotional, weil es die Bauern direkt betrifft. Für sie war ein Leben ohne Wölfe einfacher. So wie es von Anfang an Landwirte gab, die für ein Nebeneinander mit dem Wolf waren und mithelfen wollten, das zu ermöglichen, gab es immer auch Schäfer, die gegen den Wolf waren und beweisen wollten, dass es auch mit Herdenschutzmassnahmen nicht geht. Vielleicht hat man hingegen bei den Umweltorganisationen den Fehler gemacht, jeden Abschuss zu kritisieren. Der WWF war immer lösungsorientiert – aber es gibt auf der Seite der Wolfsbefürworter auch extreme Positionen. Ich war von Anfang an der Meinung, dass man bei schadenstiftenden Wölfen unkompliziert eingreifen muss und dass eine Regulation ab einer gewissen Anzahl Wölfe nötig sein wird.»



KRITIK AN BUNDESRAT RÖSTI

Aus rein biologischer Sicht bräuchte es keine Regulation, glaubt Brigitte Wolf, eine andere Frage sei aber die Akzeptanz in der Bevölkerung. «Das ist ein schwieriger gesellschaftlicher Diskurs, der geführt werden muss. Wir regulieren auch die Bestände von Hirschen und Gämsen oder legen fest, in welchem Schutzgebiet was gedeihen darf und soll. In solch einer regulierten Natur gehört auch das Management der Grossraubtiere dazu. Dabei sollen aber Tiere eliminiert werden, die Schaden stiften, wie etwa das Männchen des Beverin-Rudels, das sich auf das Reissen von Rindern spezialisiert hat. Zurzeit werden aber auch Wölfe geschossen, die keinerlei Schaden angerichtet haben und bei denen die genetischen Untersuchungen danach ergeben, dass man von ihnen gar nichts wusste. Man entfernt also auch Wölfe, die sich so verhalten, wie wir es gerne möchten!»

Aus rein biologischer Sicht bräuchte es keine Regulation der Wölfe. Eine andere Frage ist aber die Akzeptanz in der Bevölkerung.

In diesem Zusammenhang bedauert Brigitte Wolf die neue Jagdverordnung von 2023 beziehungsweise 2025, mit der Bundesrat Albert Rösti die proaktive Regulation von Wölfen ermöglicht hat und die landesweit nur noch zwölf Wolfsrudel vorsieht. «Das ist ein

grosser Rückschritt. Vor den neuen Bestimmungen sind Umweltorganisationen, Landwirte und Jäger zusammengesessen und haben in harten Diskussionen am Runden Tisch nach Lösungen gesucht. Beide Seiten haben einen Schritt aufeinander zugemacht: Die Landwirte akzeptierten allmählich, dass es den Wolf auch in Zukunft geben wird, und die Naturschutzverbände, dass eine gewisse Regulation nötig ist. Doch mit der ‚Rösti-Verordnung‘ haben sich die Fronten wieder verhärtet: Sie lässt die Landwirte glauben, dass sie mit dem Abschuss von ganzen Rudeln den Wolf wieder loswerden können, und die Umweltschutzorganisationen müssen sich wieder vermehrt für die Wölfe wehren, weil viele Abschüsse rechtlich fragwürdig sind. Dieser Rückschritt schmerzt mich. Im Wallis fordern wir seit Langem einen Runden Tisch, so wie es Peider Ratti vor mehr als 30 Jahren vorgemacht hat», meint Brigitte Wolf, «bisher vergeblich!»

Der Wolf kehrt zurück

Die Rückkehr des Wolfes war in den 90er Jahren nur noch eine Frage der Zeit. Der WWF wirkte beim kantonalen Strategiebericht für die Rückkehr von Luchs, Wolf und Bär mit und gleiste auch eigene Projekte auf. Im Jahr 2000 holte der WWF den ersten Herdenschutzhund nach Graubünden und startete ein Feldprojekt mit neun Kleinviehhälter:innen, die verschiedene Herdenschutzmassnahmen testeten. Nach vier Jahren wurden die Erfahrungen im «Leitfaden Herdenschutz» den Interessierten zur Verfügung gestellt.

WIE DAS FONDEI VOR DER ZERSTÖRUNG BEWAHRT WURDE

VIER MUTIGE FRAUEN AUS DEM FONDEI ENGAGIERTEN SICH GEGEN DIE NUTZUNG DES HOCHTALS FÜR EIN SKIGEBIET.



MOORSCHUTZ CONTRA SKIGEBIET

Sie heissen Loni Patt Engel, Maria Margreth-Zippert, Maria Sprecher-Patt und Myrtha Zippert-Michael. Bekannt wurden sie als die «Fondei-Frauen». Das Fondei ist ein Hochtal zwischen Langwies, heute ein Ortsteil von Arosa, und dem Durannapass hinüber ins Prättigau. Die Parsennbahn wollte vor rund 30 Jahren das Skigebiet Davos-Klosters mit den Fideriser Heubergen verbinden und dafür im Fondei ebenfalls Anlagen bauen. Im Wege stand diesen Plänen eine national geschützte Moorlandschaft. «Die Befürworter des Projekts haben von Anfang an versucht, einen sogenannten Korridor offen zu halten, der Skianlagen ermöglicht», sagt Loni Patt Engel. Neben den geplanten Liftanlagen und Pisten war ein Hotel mit 100 Betten geplant.

Die Motivation der vier Frauen, sich gegen diese Pläne einzusetzen, war einerseits eine starke emotionale, teils auch familiäre Verbundenheit mit dem Fondei, aber auch Grund- und Immobilienbesitz, der durch das Projekt bedroht gewesen wäre. Zudem gab es mit Arosa und Davos-Klosters bereits bestens ausgebauten Ski-Destinationen, so dass es aus Sicht der vier Frauen nicht notwendig war, auch noch die intakte Landschaft des Fondei dem Wintersport zu opfern. Man habe schon vor dreissig Jahren gewusst, dass die Frequenzen rückläufig seien, meint Maria Margreth-Zippert, darum hätten

«Im Grunde war das ganze Skigebiet im Fondei nur für wenige Tage im Winter konzipiert, was natürlich sinnlos gewesen wäre.»

sie sich zusammengetan, um zu versuchen, das Fondei zu bewahren. Dass sich die vier bereits kannten, war eine günstige Voraussetzung für ihren Widerstand. Ohne die Unterstützung der Umweltorganisationen hätten sie aber sicher nicht so viel bewirken können. Ebenso sei das Interesse der Medien, auch aus dem Unterland, sehr hilfreich gewesen.

HITZIGE DISKUSSIONEN

Als es darum ging, dass die Gemeindeversammlung von Langwies über das Projekt abstimmen sollte, verfassten die vier Umweltschützerinnen ein Flugblatt. «Die Diskussionen waren sehr hitzig», erinnert sich Myrtha Zippert-Michael, «aber wir haben mit ein paar Stimmen Vorsprung gewonnen.» Man habe dann seitens der Gemeinde versucht, das Ganze im Nachhinein als eine blosse Konsultativabstimmung zu werten. «Und dann ging es erst richtig los.» Maria Sprecher-Patt fügt hinzu, dass es nicht gelungen sei, in Langwies alle zu überzeugen – dabei wisse man doch, wie die Wetterverhältnisse im Fondei seien, es bereits einmal zwei Lifte gegeben habe, die man aber gerade wegen der ungünstigen Bedingungen habe aufgeben müssen. «Im Grunde war das ganze Skigebiet nur für wenige Tage im Winter konzipiert, was natürlich sinnlos gewesen wäre.»

Nach dem Erfolg bei der Abstimmung in der Langwieser Gemeindeversammlung bekamen die Fondei-Frauen den Unmut der Projektbefürworter zu spüren, hatte doch die Bergbahn der Gemeinde 70.000 Franken pro Jahr in Aussicht gestellt. Die Umweltaktivistinnen erhielten teils wütende Anrufe und mussten sich den Vorwurf anhören, sie seien schuld daran, dass Langwies diesen Betrag nun nicht bekomme. «Es ging ziemlich dreckig zu, unter der Gürteilinie», so Myrtha Zippert-Michael. Dazu zählte etwa auch die Drohung, von einer der Umweltschützerinnen keinen Alpkäse mehr zu kaufen. Doch das bestärkte die vier vermeintlich «bösen Frauen» nur in ihrem Durchhaltewillen, zumal sie von ihren Ehemännern grosse Unterstützung erhielten. Eine weitere Abstimmung in Langwies sprach sich 1998 für die Unterstützung des Projekts aus, wenn auch wieder nur sehr knapp.

«KEINE COSTA BRAVA»

Zu dieser Zeit berichtete die «Rundschau» von SRF über die Auseinandersetzungen. Anlass war eine Begegnung der vier Aktivistinnen mit Andreas Gredig, dem Verwaltungsratspräsidenten der Parsennbahn, gemäss «Rundschau» auch bekannt als der «König von Davos». Sein Argument, es gäbe durch das Projekt für die Langwieser Arbeitsplätze, sei unglaublich, sagt Myrtha Zippert-Michael in dem Fernsehbeitrag. Ebenso könne man ihm nicht abnehmen, dass für das

geplante Skigebiet im Fondei nichts planiert werden müsse. Gredig konterte, die Befürchtungen seien unbegründet, man plane im Fondei «keine Costa Brava» und keinerlei Hochbauten. Doch es sei «ein Kampf mit ungleichen Spiessen», so die «Rundschau». «Denn während die Frauen dutzende Leserbriefe schrieben, kann sich Gredig jenseits der Berge auf professionelle Meinungsmacher abstützen.» Als die vier Frauen schliesslich auf Gredig trafen, äusserten sie ihm gegenüber die Befürchtung, dass das Fondei langfristig dem Massentourismus anheimfallen werde. Gredig konterte, dass die Landwirtschaft in so einem Hochtal keine Zukunft habe, also müsse man entweder ins Unterland abwandern oder die touristischen Möglichkeiten nutzen.

Gefragt, woran das Projekt schliesslich gescheitert sei, glauben die vier Frauen, dass es einerseits am nötigen Geld gefehlt habe, denn die Parsennbahn habe nicht einmal die Mittel für die Instandhaltung ihrer bestehenden Anlagen aufbringen können. Aber auch juristisch wurde die Planung gestoppt. Denn das Skigebiet verstieß aus Sicht der Umweltorganisationen gegen den Moorschutz im sogenannten Rothenturm-Artikel der Bundesverfassung. Zudem seien einzelne Moore in der Moorlandschaft Durannapass nicht kartiert oder nicht vollständig erfasst worden. Daher reichten die Umweltorganisationen Pro Natura, WWF, Stiftung Landschaftsschutz, Schweizer Alpen-Club und Akademischer Alpenclub 1998 eine Planungsbeschwerde bei der Kantonsregierung gegen die Revision der Ortsplanung in Langwies ein. Die Bündner Regierung wies dieses Begehren im Juni 2000 ab. Dagegen zogen die Umweltverbände vor das Verwaltungsgericht, das ihnen 2001 vollumfänglich Recht gab, so dass das Projekt schliesslich zurückgezogen wurde.

Mittlerweile hat sich der Sturm gelegt und die vier Frauen können mit Stolz sagen, dass Leute, die sie früher kritisiert hätten, nun ebenfalls der Meinung seien, dass ihr Widerstand richtig gewesen sei. Und sie hätten viel gelernt – nämlich mutig zu sein, sich zu wehren und für die eigenen Anliegen einzustehen. «Es war spannend, eine bewegte Zeit, aber auch streng», so das gemeinsame Fazit der Fondei-Frauen. «Und darauf sind wir stolz.»

Fondei – skiliftfrei

Als Pläne der Parsennbahn für die Erschliessung des Innerfondeis 1995 bekannt wurden, gründeten die Fondei-Frauen die AG «Für ds Fondei». 1996 genehmigte der Bundesrat die vom Kanton beantragte Anpassung der Moorlandschaft Durannapass. Damit stand der Erschliessung des Fondeis und einer Skigebietsverbindung mit den Fideriser Heubergen nichts mehr im Weg. Kurz darauf genehmigte der Kanton die neue Wintersportzone der Gemeinde Langwies. WWF und Mitstreiter wehrten sich mit einer Beschwerde dagegen, mit Erfolg. 2001 forderte das Verwaltungsgericht in seinem Urteil, dass die Moorlandschaft korrekt abzugrenzen sei. Der Bundesrat kam diesem Anliegen 2017 nach.

JETZT HÖRT AUF MIT DIESEM WAHNSINN!

STEFAN GRASS WAR GESCHÄFTSLEITER DES VCS GRAUBÜNDEN UND DER VEREINIGUNG BÜNDNER UMWELTOrganISATIONEN. ER ENGAGIERTE SICH GEGEN OLYMPIA-TRÄUME.

Herr Grass, erzählen Sie doch mal von Ihrem Widerstand gegen die für Graubünden überdimensionierten Olympia-Pläne.

Stefan Grass: Sie waren nicht nur für Graubünden überdimensioniert, sondern auch und sogar für München mit Garmisch-Partenkirchen. Und bei der zweiten Bündner Abstimmung 2017 haben selbst St. Moritz und Davos dagegen gestimmt. Eine Abfuhr bekam das IOC außerdem in Innsbruck. In der Schweiz war es ein breites Bündnis der Umweltorganisationen, der WWF war nur eine davon. An der Spalte standen auf der Umweltseite Anita Mazzetta vom WWF sowie Silva Semadeni und Jon Pult von der SP. Aber auch ich war permanent in den Medien.

Am Schluss der Kampagne sind wir gar nicht mehr auf die leeren Versprechen eingegangen, sondern haben gesagt: «Es ist zu gross, zu teuer und zu fremdbestimmt.» Davon abgeleitet entstand die gemeinsame Forderung an «Olympiafreie Alpen» nicht nur in der Schweiz, Deutschland und Österreich, sondern für den ganzen Alpenraum von Frankreich bis Slowenien.

Waren Sie denn sicher, dass Sie gewinnen würden?

Wir haben seit 20 Jahren alle Volksabstimmungen im Alpenraum – in Graubünden, im Wallis, in Bayern und in Tirol – gewonnen, und das gab uns die Sicherheit zu sagen: «Jetzt hört auf mit diesem Wahnsinn!» In Graz beispielsweise war der Widerstand so gross, dass das Nationale Olympische Komitee von Österreich die Idee von sich aus verworfen hat.

Um die Frage zu beantworten: Ja, wir haben gespürt, dass die Menschen nicht für diese immensen Kosten aufkommen wollen, daher waren wir auch ziemlich sicher, dass wir die Abstimmungen gewinnen werden. Man hat begriffen, dass die öffentliche Hand bezahlt, aber Private abkassieren. Außerdem entstehen gigantische Ruinen, die nicht mehr genutzt werden, wie man nach den Winterspielen 2006 in Turin sehen konnte. Und es ändert sich eben nichts: Für die Winterspiele nächstes Jahr in Cortina d'Ampezzo wird auch wieder eine neue Bobbahn gebaut. Eine Ausnahme, die die Regel bestätigt, waren die Spiele 1994 in Lillehammer, die von der

Bevölkerung mitgetragen wurden und auch nicht so wahn-sinnige Kosten verursacht haben. Aber die Winterspiele in Vancouver und Turin lagen bereits in einer Grössenordnung von ungefähr sieben Milliarden Franken, und das war noch vor dem Gigantismus in Sotschi. Was sich in Sotschi, Peking und Pyeongchang abgespielt hat, war jenseits von allem. Das hat gezeigt, dass so überschaubare Spiele wie in Lillehammer nie mehr stattfinden werden.

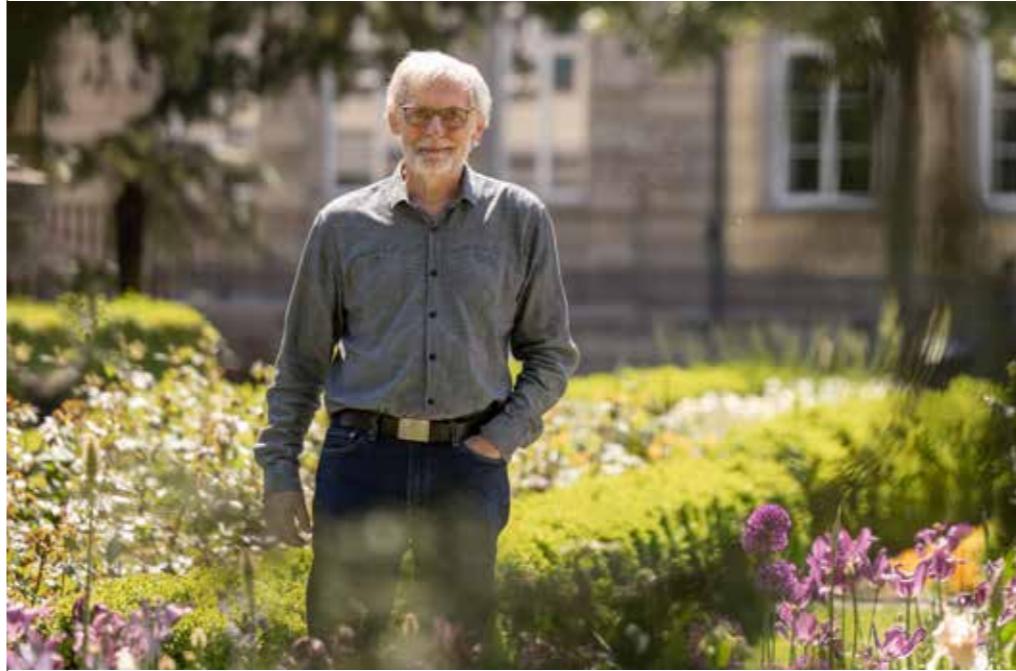
Wurden Sie für Ihr Engagement gegen Olympia persönlich angefeindet?

Nein, eigentlich nicht. Es war einfach eine riesige Kommunikationswelle, die seitens der Befürworter auf uns zukam und auf die wir reagieren mussten, aber sie haben nicht auf den Mann respektive Frau gespielt. Angriffe gab es gegen Silva Semadeni, doch sie war Nationalrätin und als solche exponiert, aber auch das blieb im Rahmen.

Als das IOC merkte, dass es immer weniger Kandidaten gibt, kam von IOC-Präsident Thomas Bach die «Agenda 2020» für angeblich mehr Nachhaltigkeit und weniger finanzielle Lasten für die betroffenen Regionen, aber das war alles nur Papier und Kosmetik. Es hat sich in Wahrheit gar nichts geändert: Das IOC ist dominant und bestimmt und das Geld vom IOC fliesst ins Budget für die Durchführung der Spiele – die Kosten aber für die Infrastruktur und die Sicherheit bleiben bei den betroffenen Regionen und Ländern. Damit hat das IOC nichts zu tun, und trotzdem verdient es durch die Vergabe der Fernseh- und Markenrechte mehrere Milliarden Dollars. Das regionale Gewerbe vor Ort gewinnt überhaupt nichts am Megaevent. Das Defizit und die Kosten für die Sportanlagen, die nachher nicht mehr gebraucht werden, muss die Öffentlichkeit tragen.

Doch hat sich das Thema wirklich erledigt?

Nein, die Befürworter sind dauernd am Wuseln und probieren es immer wieder. In München steht eine Abstimmung über Olympische Sommerspiele an. Außerdem gibt es noch die Idee einer gesamtschweizerischen Kandidatur für Winterspiele – nur würde darüber nicht landesweit abgestimmt! Silva Semadeni hat versucht, im Rahmen des Sportförderungsgesetzes parlamentarisch durchzusetzen, dass bei einer Beteiligung



des Bundes an grossen Sportveranstal-tungen in Höhe von einer Milliarde Franken oder mehr das Volk darüber abstimmen kann, doch das wurde abgelehnt. In den Kantonen dagegen kommt es zwingend zu einer Abstimmung.

«Wir haben seit 20 Jahren alle Volks-abstimmungen im Alpenraum gewonnen, und das gab uns die Sicherheit zu sagen: "Jetzt hört auf mit diesem Wahnsinn!"»

Das IOC hat ja verkündet, dass die Schweiz für die Winterspiele 2038 kandidieren darf, denn neuerdings legt das IOC fest, wer überhaupt kandidieren darf. Der alte Modus, dass Städte und Regionen von sich aus kandidieren, existiert nicht mehr. Das IOC ist froh, wenn es überhaupt jemanden findet, der Spiele durchführen will. Wenn es zu einer Schweizer Kandidatur für 2038 kommt, werden die Sportstätten im ganzen Land verteilt sein, vielleicht wird man sogar für den Eisschnelllauf auf Deutschland zugehen.

Wie stehen Sie zu einer gesamt-schweizerischen Kandidatur?

Aus meiner Sicht ist das alles Unsinn. Man sollte keine Olympischen Spiele mit vielen Sportarten mehr veranstalten, denn das interessiert nur das IOC, das damit Geld verdienen möchte. Weltmeisterschaften dagegen finden grosses Interesse, und dafür haben wir geeignete, bereits bestehende Anlagen. Bei Weltmeisterschaften hat man auch

die Beherbergungsfrage, die Sicherheit und Mobilität im Griff. Außerdem interessieren sich die Länder ohnehin nur für einzelne Sportarten, in Österreich und der Schweiz ist das vor allem Ski Alpin. Wie man in Asien gesehen hat, waren die Stadien ja leer, eben weil sich niemand dafür interessiert hat. Und die Menschen merken, dass die ganzen Versprechen des IOC nicht eingehalten werden und die Spiele nicht nachhaltig sind, weil Ruinen zurückbleiben. In Cortina d'Ampezzo wurde wie gesagt eine neue Bobbahn gebaut, man wollte nicht darauf verzichten und stattdessen mit Österreich, Deutschland oder der Schweiz kooperieren.

Schlimm ist, dass man auf dieser Welt vielerorts die Menschen gar nicht fragt, die Leute haben gar nichts zu sagen. Aber wenn es in Graubünden nochmal zu einer Abstimmung kommen sollte, also darüber, ob man sich an einer gesamtschweizerischen Kandidatur beteiligt, gibt es sicher wieder ein Nein.

Olympiakritisches Graubünden

Graubünden stand den Olympia-Kandidaturen stets kritisch gegenüber. Nach dem Nein im Jahr 1980 lehnte das Stimmvolk auch «St. Moritz 2022» und «Graubünden 2026» ab. «Davos 2010» und «Zürich 2014» (mit Einbezug von Graubünden) erledigten sich von selbst. Der WWF hat alle Olympia-Dossiers kritisch unter die Lupe genommen. Zwar wurde stets Nachhaltigkeit versprochen. Doch Versprechen und Realität lagen immer weit auseinander. Olympische Spiele sind für die Alpen ein paar Nummern zu gross.

DRECKIGE KOHLE STATT SAUBERER STROM?

TANYA SCHMID ENGAGIERTE SICH MIT GROSSEM ERFOLG GEGEN DIE KOHLEKRAFTWERKSPLÄNE DES BÜNDNER STROMKONZERN REPOWER.



Frau Schmid, wie kam es dazu, dass Sie sich gegen die Pläne des Bündner Energieversorgers Repower engagierten, der sich an Kohlekraftwerken in Norddeutschland und Südalitalien beteiligen wollte?

Tanya Schmid: Ich bin 2009 in der Zeitschrift des WWF auf dieses Thema gestossen. Und konnte es nicht glauben, dass ich mit Strom aus der Verbrennung von Kohle versorgt werden sollte. Was im Ausland passiert, kann ich kaum beeinflussen, aber umso mehr das, was bei mir vor der Haustür passiert. Ich konnte es schon deshalb nicht glauben, weil wir in Graubünden so viele Wasserkraftwerke haben – und trotzdem sollen wir Kohlestrom beziehen. Das hat mich dermassen genervt, dass ich Repower geschrieben und einen sehr kalten Formbrief bekommen habe, so nach dem Motto, das gehe mich nichts an. Aber sie würden mir jemanden vorbeischicken, und dieser Mitarbeiter sollte mir dann sauberen Strom verkaufen, der dann teurer gewesen wäre. Ich bin sehr damit einverstanden, dass man für sauberen Strom mehr bezahlt, aber was mich sehr stört, ist der Handel mit Strom an der Börse. Normale Menschen haben davon keine Ahnung. Wenn sie das Licht anmachen, unterstützen sie Kinderarbeit in Kohleminen, sie akzeptieren indirekt, dass durch die Kohleförderung in anderen Ländern das Wasser verschmutzt wird. Wir profitieren davon, dass im Ausland für uns unter solchen Bedingungen produziert wird. Und weil viele das nicht wissen, müsste eigentlich die Bündner Regierung einschreiten und sagen, dass das nicht in Ordnung

«Ich habe gelernt, wie sehr Organisationen wie der WWF hinter einem einzelnen Menschen stehen und ihn unterstützen können, ohne dass sie sich zu sehr einmischen oder in den Vordergrund drängen.»

ist, nicht erlaubt wird und die Menschen das Recht auf sauberen Strom haben. Repower hat totales Greenwashing betrieben, also immer darauf hingewiesen, wie umweltfreundlich ihre Stromerzeugung aus Wind- und Solarenergie sei. Dass sie sich im norddeutschen Brunsbüttel und im süditalienischen Saline Joniche an Kohlekraftwerken beteiligen wollte, hat sie mit keinem Wort erwähnt, darauf haben erst der WWF und Greenpeace aufmerksam gemacht.

Nun ist ja die Energiewirtschaft ein mächtiger Player. Wie haben die Leute bei Ihnen im Prättigau reagiert, als sie sich mit Repower angelegt haben? Schweizerinnen und Schweizer möchten lieber keine Wellen machen. Mir als Amerikanerin war das egal und man hat mir als Ausländerin auch mehr erlaubt, um es einmal so zu formulieren. Ich hatte also ein bisschen Narrenfreiheit. Trotzdem wollte ich zuerst, dass man sich nicht auf mich als Person, sondern auf das Thema fokussiert. Ich bin dann aber doch irgendwann im Vordergrund gestanden, weil irgendeine Zielscheibe nötig war. Aber es standen so viele Leute hinter mir! Doch sich selber exponieren wollten sie nicht, denn sie hatten Angst, ihre Jobs oder ihre Kunden zu verlieren. Auch die Angestellten von Repower sagten zu uns, wir sollten weitermachen, sie selber hätten allerdings einen Maulkorb verpasst bekommen. Als Amerikanerin habe ich zuerst gar nicht verstanden, was das ist, ein Maulkorb. Ich fand es natürlich total falsch, dass ein Unternehmen seinen Mitarbeitenden verbietet, ihre Meinung zu sagen.

Wir haben uns dann vor allem gegen die zwei Kohlekraftwerke in Norddeutschland und Südalitalien eingesetzt, weil Repower nirgends in der Schweiz ein solches Kraftwerk bauen würde. Deshalb war unsere Haltung: Wenn nicht bei uns, dann nirgendwo. Der WWF hatte dann Flyer, auf denen erklärt wurde, dass es wirklich ohne Strom aus Kohlekraftwerken geht. Diesen und einen weiteren Flyer von Greenpeace habe ich finanziell unterstützt, um sie im ganzen Prättigau zu verteilen.

Wie ging es dann weiter?

Die Flyer stiessen auf grosses Interesse. Aber es dauerte zwei Jahre, bis die «Südostschweiz» ausführlich über unsere Meinung berichtete. Es kam auch zu einer grossen Demonstration in Chur und wir haben Leute aus Saline Joniche eingeladen.

Und im Jahr 2013 kam es schliesslich zur Abstimmung über Ihre Initiative, die Sie knapp gewonnen haben. Eigentlich ja erstaunlich, weil es Umweltanliegen an der Urne doch eher schwer haben.

Anita Mazzetta, die mich die ganze Zeit über begleitet und unterstützt hat, meinte zu mir im Vorfeld der Abstimmung, ich solle mir nicht zu grosse Hoffnungen machen, die Haupt-

sache sei, dass unsere Argumente Gehör finden. Aber für mich war das Resultat der Abstimmung die Hauptsache! Denn ich hatte so viel Zeit und Energie in diese Sache gesteckt. Wir sind zum Beispiel noch bis zum Schluss auf die Märkte gegangen und haben mit den Menschen gesprochen, um sie daran zu erinnern, abstimmen zu gehen. Es war ja dann am Schluss tatsächlich sehr knapp, aber ich hatte angenommen, wir gewinnen mit 80 % (lacht).

Wie hat denn Repower vor der Abstimmung auf Sie reagiert?

Sie haben mir gedroht. Dass ich vor Gericht käme und eine Busse von 10.000 Franken zahlen müsse. Anita hat mir dann einen sehr guten Anwalt besorgt, und es hat sich dann schnell gezeigt, dass das Auftreten von Repower alles nur Show und Bluff war. Ernst wurde es, als auf Markus Keller, Co-Präsident von «Zukunft statt Kohle», in Saline Joniche geschossen wurde. Bei mir blieb es bei anonymen Anrufen, ansonsten bekam ich eine fantastische Unterstützung! Erst gegen Schluss, vor der Abstimmung, hat Repower gemerkt, dass man uns weder klein machen noch einschüchtern kann und dann fingen sie an, sehr viel Geld für die Gegen-Kampagne auszugeben. Trotzdem haben wir gewonnen, die Leute sind ja nicht blöd. Es war die Zeit des Atomausstiegs nach Fukushima, doch viele hatten Angst, dass man jetzt wieder vermehrt Strom aus Kohlekraftwerken bezieht.

Was hat Sie dieses Engagement gelehrt?

Ich habe gelernt, wie sehr Organisationen wie der WWF hinter einem einzelnen Menschen stehen und ihn unterstützen können, ohne dass sie sich zu sehr einmischen oder in den Vordergrund drängen. Und es war toll mitzuerleben, wie gut diese Organisationen funktionieren, denn der WWF hat in die Kampagne gegen die Beteiligung an den beiden Kohlekraftwerken weit über 100.000 Franken gesteckt. Finanziell und organisatorisch hätten wir das ohne diese Unterstützung nie alleine stemmen können. Das war eine super Zusammenarbeit.

Enttäuschend war für mich, denn ich bin eine grosse Idealistin, wie vielen es einfach immer noch egal ist, woher der Strom kommt. Für meinen Mann und mich bedeutete das, dass wir aus dem politischen Engagement aussteigen, gleichzeitig haben wir uns zu ungefähr 60% zu Selbstversorgern entwickelt, mit eigenem Strom und eigenem Wasser. Wir haben einfach gemerkt: Wenn andere das nicht machen, dann machen wir es selber.

Strom ohne Kohlekraft

Repower plante Kohlekraftwerke in Deutschland und Italien. 2008 forderte der WWF den Kanton als Grossaktionär mit einer Petition auf, die Repower davon abzuhalten – ohne Erfolg. Es folgten unzählige politische und mediale Aktionen mit der Bürgergruppe «Zukunft statt Kohle». 2011 lancierte der WWF mit 14 Organisationen die Volksinitiative «Sauberer Strom ohne Kohlekraft», die nach einem harten Abstimmungskampf angenommen wurde. Unternehmen mit Kantonsbeteiligung dürfen damit nicht mehr in Kohlekraftwerke investieren.

WÜNSCHE DEM WWF, DASS ES IHN GAR NICHT MEHR BRAUCHT

ALS VERWALTUNGSRATSPRÄSIDENT DER WEISSEN ARENA GRUPPE IN LAAX DISKUTIERTE RETO GURTNER MIT DEM WWF VOR ALLEM ÜBER SKIGEBIETE.

Herr Gurtner, wie haben Sie den WWF Graubünden erlebt? Als Gegner? Als Partner?

Reto Gurtner: Als Gegner, als Partner und sogar als Unterstützer. Am Anfang war es eher schwierig, bis man sich gefunden hatte. Wenn man aber dann zwanzig, dreissig Jahre miteinander zu tun hat und das nicht immer mit anderen Gesprächspartnern, ist das von Vorteil. Für mich ist die Position des WWF absolut nachvollziehbar, er hat einen klaren Auftrag und wurde gegründet als eine Art Ambassador für die Umwelt. Ich komme von der unternehmerischen Seite, und die hat nur dann eine Existenzberechtigung, wenn man Werte schafft für den Menschen. Das sind einerseits die Einheimischen, ohne sie geht gar nichts, denn sie sind die Grund-eigentümer und vergeben die Konzessionen. Wir sind ja in der Schweiz genossenschaftlich organisiert, worauf schon der Begriff Eidgenossenschaft hinweist. Wir können auch über alles abstimmen, darum entscheiden die Einheimischen als der Souverän. Wer also keine Werte für die Einheimischen schafft, wird nichts erreichen. Andererseits braucht man die richtigen Leute, ein gutes Team, das die Arbeit macht. Und die dritte Gruppe sind natürlich die Kunden und Gäste, die das Geld für unsere Dienstleistung ausgeben sollen. Ohne Gäste würde nichts mehr investiert.

Die Umweltorganisationen interessiert diese wirtschaftliche Seite nicht, das ist auch nicht ihr Auftrag. Sie sind Advokaten für den Schutz der Natur und die Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit bedarf aber der Vernetzung, sie darf nicht eindimensional betrachtet werden. Ich verstehe unter Nachhaltigkeit daher auch eine ökonomische, denn das ist ebenso eine Existenzgrundlage wie die natürliche. Im Endeffekt wird alles in Franken und Rappen abgerechnet, da können Sie machen, was Sie wollen. Das ist überall auf der Welt so. Also geht es darum, eine Balance zu finden, und da gab es bisweilen schon Diskussionen, ob es dieses oder jenes Projekt überhaupt braucht. Diese Frage kann man natürlich immer stellen.

Daneben gibt es auch Ziele, die niemand in Frage stellt. So etwa, dass möglichst viele Gäste mit dem öffentlichen Verkehr anreisen sollen, und da ist die Eisenbahn am effizientesten

ten. Nun ist aber der nächste Bahnhof leider drei Kilometer entfernt. Wenn man da jetzt eine Verbindung schaffen will, geht es um eine Interessensabwägung, denn das betroffene Gelände ist im Bundesinventar für geschützte Landschaften. So war das auch bei der Cassons-Erschliessung, dort haben wir 15 Jahre lang 15 verschiedene Projekte diskutiert, bis man schliesslich einen Konsens gefunden hat. Es ist jetzt nicht so, dass die Umweltorganisationen das Projekt lieben – aber was nützt eine Landschaft ohne Menschen? Das wäre dann einfach Wildnis.

Hatten Sie denn beim WWF den Eindruck, mit Menschen zu tun zu haben, die Ihre Anliegen als Touristiker verstehen?

Durchaus – aber es stellt sich immer die Frage, durch welche Brille ich auf die Welt blicke. Es gibt die Perspektive, dass die Umweltorganisationen alles nur Verhinderer seien, aber so sollte man nicht aufeinander zugehen, und ich muss sagen, dass ich sie auch nicht so erlebt habe. Wir haben im Grossen und Ganzen immer einen vernünftigen Dialog mit guten Argumenten, aber ohne fundamentalistische Positionen führen können. Es lief nicht immer nach meinen Vorstellungen, das ist ganz klar, aber das gilt für die andere Seite natürlich auch. So ist das eben bei Kompromissen in einer Demokratie. Am Anfang ging es darum, die eigenen Positionen zu verteidigen, aber wenn man dann mit Transparenz und Vertrauen aufeinander zugeht, dann findet man auch Lösungen. Mit Anita Mazzetta vom WWF hatte ich sehr lange zu tun, ich kenne sie von klein auf, auch mit Raimund Rodewald von der Stiftung Landschaftsschutz habe ich schon seit Jahrzehnten zu tun. Diese Generation tritt jetzt langsam ab, so dass ich mich umstellen muss (*lacht*), aber wenn es mit Vernunft und ohne Fundamentalismus weitergeht, bin ich optimistisch. Wenn eine Kraft zu stark wird, ist das schädlich, das ist wie bei Yin und Yang im asiatischen Kulturrealum. Wenn man aber mit positiver Energie arbeitet, kann man etwas gestalten, und die Natur hat eine positive Energie.

Mit was ich bei den Umweltorganisationen immer etwas Mühe habe, ist der warnende Unterton. So gewinnt man



keine Freunde. Deshalb war für mich die Nachhaltigkeitsprojekt unter dem Motto «Green Style» so wichtig. Das ist Nachhaltigkeit mit Stil, positiv konnotiert. Sich für die Natur wie ein Winkelried einzusetzen, ist reine Effekthabscherei. Die jungen Leute, die sich auf die Strasse geklebt haben, haben sich keine Freunde gemacht, sondern ihrem Anliegen sogar geschadet. Die Umweltorganisationen, mit denen ich zu tun habe, haben das begriffen und dazu gelernt, denn sie wissen, dass sie mit Radikalität Mitglieder verhindern.

«Es gibt die Perspektive, dass die Umweltorganisationen alles nur Verhinderer seien, aber so sollte man nicht aufeinander zugehen, und ich muss sagen, dass ich sie auch nicht so erlebt habe.»

Aber eine intakte Natur ist auch unabdingbar für Ihr Angebot.

Absolut! Sonst hat der Tourismus überhaupt keine Existenzberechtigung. Wir erleben eine fortschreitende Urbanisierung und wissen, dass bis im Jahr 2050 über die Hälfte der Weltbevölkerung in urbanen Zentren leben werden, und dort gibt es eine extreme Sehnsucht nach Natur. Unser Kapital sind saubere Luft, sauberes Wasser und Biodiversität. Bei der Luft und dem Wasser ist es allerdings bereits kritisch, weil wir sogar auf dem Gletscher Mikroplastik nachweisen konnten. Deshalb wäre ich dafür, Steuern generell abzuschaffen

und nur den Konsum zu besteuern, denn es ist der übermässige Konsum, der die Lebensgrundlage zerstört. Wir müssen unser gesamtes Wirtschaftssystem verändern. Für mich sind saubere Luft und sauberes Wasser prioritätär, deshalb muss man auch in Kauf nehmen, dass in den Bergen Solaranlagen entstehen, den visuellen Effekt finde ich zweitrangig, solange man die Anlagen ohne bleibende Narben in Zukunft zurückbauen kann. Doch ich bin optimistisch: Zukünftige Generationen werden über uns lachen, wie ineffizient wir gewesen sind. Das Problem ist, dass der Mensch Risiken und das Unbekannte scheut.

Was wünschen Sie dem WWF für die nächsten 50 Jahre?

Das ist noch eine gute Frage (*lacht*). Was ich ihm wünsche: Dass es den WWF gar nicht mehr braucht, weil er sein Ziel erreicht hat und die Menschheit so bewusst geworden ist, dass die Anliegen der Umweltorganisationen ganz selbstverständlich sind.

Einvernehmlich zum FlemXpress

Die Weisse Arena informierte 2014 auch den WWF über die geplante Neuerschliessung des UNESCO-Welterbes Sardona. In der Folge musste der regionale Richtplan angepasst, die Ortsplanrevision vors Volk, das Konzessions- und Projektgenehmigungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsbericht durchlaufen werden. Die Gemeinde Flims, Weisse Arena und der WWF standen in dieser Zeit im engen Austausch. Umweltanliegen wurden gemeinsam diskutiert und gelöst. Bereits Ende 2024 nahm der FlemXpress den Betrieb auf.

WWF UND ENERGIEWIRTSCHAFT: RINGEN UM JEDEN LITER

NADIA SEMADENI IST LEITERIN DER ABTEILUNG UMWELT DER DIVISION HYDROENERGIE & BIOMASSE BEIM ENERGIEKONZERN AXPO. IN DIESER FUNKTION FÜHRT SIE HARTE VERHANDLUNGEN MIT DEM WWF.



SACHLICHER DIALOG

Zu den kontroversen Themen im Umweltbereich gehört der Bau und Betrieb von Wasserkraftanlagen mit Stauseen. Sind die Verhandlungen mit den Umweltorganisationen aus Sicht der Elektrizitätswirtschaft etwas Mühsames? Nadia Semadeni verneint das: «Die Gespräche und Diskussionen sind geprägt von gegenseitigem Respekt und einer Anerkennung der jeweils anderen Position. Es ist immer ein sowohl sachlicher als auch fachlicher Dialog, in dem sich gewisse Spannungsfelder zeigen», sagt sie. Einer der Konflikt-punkte war und ist die Frage, welche Wassermenge der Energieproduktion auf der einen Seite und dem Fluss und damit der Natur auf der anderen Seite zur Verfügung stehen soll. Diese Restwasser-Problematik wurde immer wieder neu thematisiert. «Dies insbesondere im Rahmen der Verfahren zur Restwassersanierung, daneben haben wir auch über neue Kraftwerkskonzessionen gesprochen.»

Die Axpo suche, wenn es um den Bau und Betrieb von Kraftwerksanlagen gehe den offenen Dialog, sagt Nadia Semadeni. «Und das schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt der Planung. Es wird beispielsweise diskutiert, welche Abklärungen und Untersuchungen vorgenommen werden müssen und ob diese ausreichend sind. Dies geschieht im Dialog mit den Umweltverbänden, so dass man dann eine gemeinsame Grundlage für die Beurteilung der Projekt-auswirkungen hat. Das ist wichtig, damit beide Parteien, aber auch die involvierten Behörden alle nötigen Informationen haben, um sich ein Bild

machen zu können. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass wenn man über eine gemeinsame, von beiden Seiten akzeptierte Basis fachlicher Abklärungen verfügt, es einfacher ist, über einzelne Fragen zu verhandeln. Es geht immer auch darum, sich einen Überblick über mögliche Interessenskonflikte zu verschaffen.» Beim WWF Graubünden gebe es zudem immer eine sehr gute Gesprächsbereitschaft.

KEIN SPAZIERGANG

Doch es gab auch Konflikte, bei denen man sich vor Gericht wiedersah. «Wenn beide Parteien von ihrer Position überzeugt sind, braucht es eine dritte Instanz, die entscheidet. In diesem Sinne sehen wir so ein Gerichtsverfahren nicht unbedingt als einen Streitfall in einem emotionalen Sinn, sondern als die Klärung einer Sachfrage», erläutert Nadia Semadeni. Inhaltlich seien es durchaus harte Verhandlungen. «Man muss sich das so vorstellen: Mit dem gleichen Gut – dem Wasser – macht man einerseits Strom, es ist aber auch wichtig für den Lebensraum. In diesem Sinne kommt es für beide Seiten auf jeden Liter an. Hart sind die Verhandlungen also in dem Sinn, dass man am Schluss um jeden Liter ringt. Es gibt zudem kein Ersatzgut – beide Seiten benötigen das Wasser, es ist also unverzichtbar. Hart sind die Gespräche aber auch, weil wir oft ausloten, ob es nicht doch eine Einigung gibt. Beide Seiten vertreten ihren Standpunkt, wollen aber trotzdem zu einer befriedigenden Lösung finden. Denn wenn man sich nicht einigt, entscheidet wie gesagt ein Dritter. Diese Erkenntnis hat auch die Gespräche geprägt: Lieber noch einmal sich zusammensetzen und diskutieren, als vor Gericht zu gehen, denn miteinander kann man mehr erreichen, als wenn ein Gericht möglicherweise so entscheidet, dass es keiner der beiden Parteien passt. Und das hat die Gespräche in den letzten Jahren ausgezeichnet: Dass man immer wieder nach anderen Möglichkeiten gesucht hat, wenn die vorgeschlagene Lösung für eine der beiden Seiten nicht annehmbar war.» Es habe auch Fälle gegeben, in denen das Gericht nicht entschieden habe und das Vorhaben zur Neubeurteilung an die Kantone gegangen sei, woraufhin man noch einmal das Gespräch gesucht und so eine einvernehmliche Lösung gefunden habe. «Das ist allerdings kein Spaziergang, denn diese harten Verhandlungen benötigen viel Zeit.»

RESPEKTVOLLE GESPRÄCHE

Hart in der Sache zu diskutieren heisse allerdings nicht, dass man sich nicht auf der zwischenmenschlichen Ebene verstanden habe, betont Nadia Semadeni. «Es gab schon hin und wieder Emotionen, aber es wurde nie persönlich, sondern blieb immer sehr sachlich. Ich habe die Gesprächsatmosphäre immer als sehr respektvoll wahrgenommen, man konnte sich immer in die Augen schauen. Trotzdem haben wir es während solch intensiven Verhandlungen beispielsweise vermieden, miteinander essen zu gehen, denn es braucht schon eine gewisse Distanz.» Zur positiven Gesprächsatmosphäre habe sicher auch die grosse Akzeptanz der Wasserkraft beige tragen. «Und wir haben gespürt, dass der WWF und andere

«Hart sind die Verhandlungen in dem Sinn, dass man am Schluss um jeden Liter ringt. Es gibt zudem kein Ersatzgut – beide Seiten benötigen das Wasser, es ist also unverzichtbar.»

Umweltorganisationen durchaus den Wunsch haben, zu einer Kompromisslösung zu finden, eine gut schweizerische, pragmatische Lösung.» Trotzdem dürfe man nicht vergessen, dass die Grundpositionen recht weit auseinander seien. Insgesamt habe man über 30 Projekte gesprochen und auch aktuell gebe es Verhandlungen.

WELCHE FOLGEN HAT DER KLIMAWANDEL?

Mit dem Klimawandel und dem Verschwinden der Gletscher besteht die Gefahr, dass die Menge des verfügbaren Wassers abnimmt. Drohen damit also neue Konflikte zwischen Umweltschutz und Energiewirtschaft? «Man geht aufgrund der bisherigen Forschungs- und Studienlage davon aus, dass der Klimawandel zwei Effekte haben wird: Zum einen wird die Wassermenge dynamischer, es gibt also abruptere Wechsel zwischen Trockenzeiten und Starkniederschlägen, zum andern erwartet man gemäss den Studien des Bundes höhere Temperaturen vor allem im Winter. Das wiederum kann bedeuten, dass es weniger Schnee und mehr Regen in gewissen Höhenlagen gibt. Ob tatsächlich weniger Wasser zur Verfügung steht, dürfte je nach Einzugsgebiet ganz unterschiedlich sein. Dort, wo mit einem Verlust der Vergletscherung zu rechnen ist, könnte weniger Wasser im Frühjahr/Sommer vorhanden sein. Der Bund geht also eher von einer anderen Verteilung des Wassers aus. Die Entwicklung zu prognostizieren ist allerdings sehr schwierig, aber der Klimawandel und seine Folgen ist sicher etwas, das wir beobachten und gedanklich mitberücksichtigen.»

Und was wünscht Nadia Semadeni dem WWF Graubünden zu seinem 50. Geburtstag? «Ganz viele charismatische Personen, die weiterhin so dialogbereit sind und sich in die Stakeholder und andere Bevölkerungsgruppen hineinversetzen können.»

Gewässer brauchen Wasser

2011 verfügte die Bündner Regierung die erste Restwassersanierung und zwar der Misoxer Kraftwerke, ein Axpo-Werk. Die Moesa bekam wenig und die Calancasca gar kein Wasser. WWF und Mitstreiter waren unzufrieden und reichten Beschwerde ein. Das Bundesgericht schaffte Klarheit, welche Produktionseinbusse für die Kraftwerke tragbar ist. Für die Misoxer Kraftwerke wurde nach dem Gerichtsentscheid ein Gesamtpaket verhandelt mit einer guten Restwasserdotierung der Calancasca, einem Restwasserverzicht für die Moesa sowie dem Schutz des gesamten Einzugsgebietes vor weiteren Wasserkraftnutzungen.

«GEWÄSSERPERLEN» FÜR DEN SCHUTZ VON BÄCHEN

FADRI GUIDON, REKTOR DER ACADEMIA ENGIADINA UND EHEMALIGER GEMEINDEPRÄSIDENT VON BEVER, SETZT SICH FÜR DEN GEWÄSSERSCHUTZ IM ENGADIN EIN.

GEGENPOL ZU ST. MORITZ

«Wenn jemand mit einer Idee zu mir kommt, finde ich die grundsätzlich erst einmal gut», sagt Fadri Guidon. «Und so war es auch mit dem Projekt „Gewässerperlen PLUS“, das ich sehr speziell fand. Dabei handelt es sich um ein Label für unberührte Gewässer und ich habe ohne gross nachzudenken für mich entschieden, dass das eine super Sache ist und wenn wir in der Gemeinde Bever die ersten sind, dann sowieso.» Je mehr er sich mit dem Projekt beschäftigt habe, umso mehr habe es ihn begeistert. Doch wie reagierte der übrige Gemeindevorstand von Bever auf die Begeisterung seines Präsidenten? «Ich hatte da die volle Rückendeckung. Wir sind zwar im Oberengadin daheim, wo die Haupteinnahmequelle der Tourismus ist, angetrieben durch St. Moritz, aber trotzdem oder gerade deshalb verstehen wir Bever etwas als einen Gegenpol. Denn wir sind fest davon überzeugt, dass auch der Tourist, der nach St. Moritz reist, sich eine schöne Natur wünscht. Sie ist unser Kapital, und das Faszinierende am Label „Gewässerperlen PLUS“ ist, dass es endlich eine Möglichkeit gibt, auch Gewässer zu schützen, die nicht so beachtet, aber gerade deshalb nicht genutzt worden sind. Genau diese Gewässer gilt es zu erhalten und zu schützen.»

UMGEHUNGSGERINNE FÜR FISCHE

Im Fall von Bever ging es um den Schutz des Beverin. Er ist über 16 Kilometer lang und mündet östlich von Bever in den Inn. «Es gab immer wieder Nutzungsprojekte, genauer gesagt ging es um Kraftwerke», erzählt Fadri Guidon. «In den 1950er-Jahren war ein grösserer Stauteich geplant, und es gibt sogar ein Protokoll der Gemeindeversammlung, aus dem hervorgeht, dass man das Projekt unterstützte, aber aus irgend-einem Grund hat der damalige Gemeindepräsident diesen Beschluss nicht umgesetzt.» Auch in den 1990er-Jahren gab es Kraftwerkspläne, dabei ging es aber um kleine Anlagen.

Den Vorteil des Labels «Gewässerperlen PLUS» sieht Guidon darin, dass es keine fixen Vorgaben gibt, die im Rahmen eines Vertrags stur alles festlegen und aus denen man nicht mehr herauskommt. «Vielmehr ist es ein Label, das darauf abzielt, dass man vor Ort Ideen und Möglichkeiten entwickelt, also selber entscheidet, wie man zum Gewässerschutz beitragen kann.

Dazu muss man einen Massnahmenplan für fünf Jahre erstellen. Wird der genehmigt, erhält man das Label und wird nach drei Jahren evaluiert. Nach Ablauf der fünf Jahre kann man das Label erneut beantragen.» Und was bedeutet das im Fall des Beverin ganz konkret? «Beim Bau des Albula-Eisenbahntunnels zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat man bei Spinas eine Stufe in den Fluss gebaut, die nicht fischgängig war. Diese Stufe wollten wir schon lange beseitigen, und im Zusammenhang mit dem Label, das wir im Juni 2021 erhielten, gab es nun die Möglichkeit, diese Massnahme zu finanzieren.» Es wurde ein 200 Meter langes Umgehungsgerinne angelegt, das nun in Form eines künstlichen Bachs wieder die natürliche Wanderung der Bachforelle ermöglicht. Auch der begradigte Fluss zwischen dem revitalisierten Auengebiet beim Inn und dem Dorf Bever soll mehr Platz bekommen.

REVITALISIERUNG DES INN

Zu dieser Zeit war gerade der Bau des neuen Albultunnels im Gang, was zur Folge hatte, dass es in Spinas und damit am Beverin eine Grossbaustelle gab. «Das war Vor- und Nachteil zugleich», erinnert sich Fadri Guidon. «Der Vorteil war, dass unsere Baustelle neben der grossen beim Tunnel nicht sehr gross war und damit keinen grossen Eingriff in die Landschaft darstellte. Nachteilig war, dass man im Zusammenhang mit dem Tunnelbau für den Beverin eine elegantere Lösung hätte finden können, wenn wir früher dran gewesen wären.»

Doch wie steht es ganz generell um die Gewässer im Engadin? Fadri Guidon meint, dass man vor allem durch die Revitalisierungsprojekte am Inn sehr viel Gutes geschaffen habe. «Man hat von Celerina bis S-chanf den gesamten Inn revitalisiert und ich glaube, dass es in der Schweiz kein zweites Revitalisierungsprojekt auf dieser Länge gibt. Bei den Seitentälern sehe ich aber die Gefahr, dass nun mit der Energiewende Gemeinden auf die Idee kommen könnten, mit Kraftwerksanlagen Geld zu verdienen. Das wäre allerdings eine völlige Fehlentwicklung, denn die Möglichkeiten sind viel zu bescheiden. Wir brauchen die Energie vor allem im Winter, aber gerade dann führen die Bäche in den Seitentälern viel zu wenig Wasser.» Und wie sieht es beim Fischbestand aus? Er sei kein Fischexperte, sagt Fadri Guidon, aber er wisste, dass infolge der Inn-Revitalisierung der



Bestand an Äschen und Bachforellen wieder zugenommen habe. Dies zeige sich auch daran, dass der Fischotter wieder heimisch geworden sei.

AUSZEICHNUNG AUCH FÜR DIE VAL CHAMUERA

Ein halbes Jahr nach der Auszeichnung des Beverin bekam auch die Ova da Chamuera das Label «Gewässerperlen PLUS». Dieser Bach mündet bei La Punt-Chamues-ch in den Inn. Aus Sicht des WWF Graubünden war die Vergabe des Labels keine Selbstverständlichkeit, denn noch wenige Jahre zuvor hatte der Gemeindevorstand auf den Bau eines Kraftwerkes in der Val Chamuera gesetzt. Die Vergabe des Labels sieht vor, die Ruinen des stillgelegten Kleinwasserkraftwerks zurückzubauen und die Redynamisierung einer Verlandungszone zu erreichen. Im Zusammenhang mit der geplanten Revitalisierung des Inn soll außerdem auch der Unterlauf der Ova Chamuera renaturiert werden. Die Val Chamuera ist ein Landschaftsschutzgebiet und zeichnet sich durch

«Das Faszinierende am Label „Gewässerperlen PLUS“ ist, dass es endlich eine Möglichkeit gibt, auch Gewässer zu schützen, die nicht so beachtet, aber gerade deshalb nicht genutzt worden sind. Genau diese Gewässer gilt es zu erhalten und zu schützen.»

seine grosse Vielfalt an Tieren und Pflanzen aus. Grosses Steinbock- und Gämskolonien, Hirsche und Rehe leben im Tal. Die Abgeschiedenheit und der Wildreichtum sind auch Gründe, wieso ein Bartgeierpaar in der Val Chamuera sehr erfolgreich brütet und seine Jungen aufzieht. Das Tal hat Potential, einmal Teil eines erweiterten Nationalparks zu werden. Deshalb ist die Val Chamuera im Richtplan auch als Vorranggebiet für die Natur bezeichnet. Natur- und Landschaftswerte sowie der Schutz der natürlichen Prozesse stehen hier vor wirtschaftlichen Interessen. Natürlich müsste man im Zuge der Energiewende vermehrt auf Wasser- und Windkraft sowie Solarenergie setzen, aber es gebe noch so viele Flächen, die man für Photovoltaik nutzen könnte, findet Fadri Guidon. Dazu zählten etwa Gebäudedächer. Denkbar seien auch Solarfelder in Skigebieten, die ohnehin keinen ökologischen Mehrwert besitzen. «Da ist der Schaden verhältnismässig klein und die Murmeltiere und Steinböcke dürfte das nicht so stören.»

Ein Label für intakte Flüsse

Der WWF identifizierte die 64 wertvollsten und natürlichssten Flüsse der Schweiz, 12 in Graubünden. Mit dem Label «Gewässerperle PLUS» werden unberührte Bäche und Flüsse sowie das Engagement der Menschen vor Ort ausgezeichnet. Die Labelträger verpflichten sich zu einem Entwicklungsplan für ihr Gewässer. 2021 wurden der Beverin und die Chamuera als erste Gewässerperlen der Schweiz zertifiziert. Aktuell sind 14 Gewässer in der Schweiz zertifiziert oder im Zertifizierungsprozess.

«UM KLAR ZU SEHEN, GENÜGT OFT EIN WECHSEL DER BLICKRICHTUNG.»

ANTOINE DE SAINT-EXUPÉRY



Unser Ziel

Gemeinsam schützen wir die Umwelt und gestalten eine lebenswerte Zukunft für nachkommende Generationen.

@ 2025

Gedruckt auf 100% Recycling-Papier

WWF Graubünden, Hartberstrasse 11, 7000 Chur
Tel: 081 250 23 00, info@wwf-gr.ch, www.wwf-gr.ch

Spenden: PC 70-2633-6